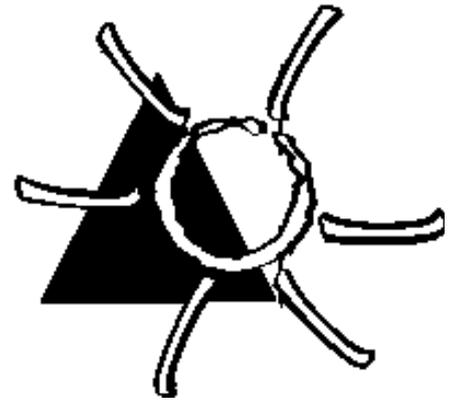


Der Betriebsrat informiert



gemeinsam

sozial

kompetent

Bochum, 5. März 2010

Bochumer Produktion nach Antwerpen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bochumer Belegschaft und Betriebsrat haben sich ohne Einschränkung für den Erhalt des Werkes Antwerpen ausgesprochen. Gleichzeitig lehnen wir es ab, dass die Werke Bochum und Antwerpen gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Viele Beschäftigte in Bochum sind besorgt über aktuelle Meldungen und Planspiele zur Auslastung der Werke. Im Zusammenhang mit Verkaufsabsichten für das Werk Antwerpen soll zugesagte Produktion nicht nach Bochum kommen. Die Produktion des Astra-3-türer, Astra-5-türer und Astra-Caravan soll in Antwerpen bleiben. Zur besseren Auslastung des Werkes Antwerpen und um "die Braut für den Verkauf hübscher" zu machen, könnte weitere Produktion aus Bochum abgezogen werden. Vertreter der belgischen Regierung behaupten weiterhin den Unsinn, Antwerpen sei wirtschaftlicher als Bochum. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Sollte die zugesagte Produktion nicht nach Bochum kommen, brauchen wir dringend eine gleichwertige Ersatzproduktion. Diese Ersatzproduktion (Fahrzeugproduktion) muss verbindlich von 2010 bis 2012 garantiert werden. Gleichzeitig muss die Bochumer Getriebeproduktion in Bochum bleiben.

Eine Streichung der bereits zugesagten Produktion gefährdet weitere 1.000 Arbeitsplätze in Bochum. Das wäre der schleichende Tod für das Bochumer Werk. Das werden wir niemals akzeptieren. Dafür gibt es keinen Cent von der Bochumer Belegschaft.

Streit um Staatshilfe

Die Ankündigung von General Motors, sich mit 1,9 Milliarden Euro an der Sanierung von Opel zu beteiligen, ist eine wichtige Voraussetzung für weitere Gespräche. In den Verhandlungen muss Opel bzw. General Motors jetzt ein tragfähiges Konzept zur Beschäftigungssicherung, Standorterhalt und für eine soziale und ökologische Produktion vorlegen. Wir begrüßen die Entscheidung der Landesregierung und der Landespolitiker, in diesem Zusammenhang den Antrag auf eine Bürgschaft positiv zu prüfen.

Wir verlangen vom Bundeswirtschaftsminister Brüderle, seine Politik des Verzögerns und der Verweigerung gegenüber der Opel-Belegschaft aufzugeben. Diese Politik gefährdet tausende Arbeitsplätze im Bochumer Opel-Werk und in den vielen Klein- und Mittelbetrieben der Zulieferindustrie, im Kfz-Gewerbe. Es droht die Verödung ganzer Stadtteile. Hier erwarten wir ein Umdenken. Wir verlangen eine faire Prüfung des Antrages auf Staatshilfe bzw. einer Bürgschaft. Bisher wurde jeder an Opel gezahlte Euro zurückgezahlt und war ein gutes Geschäft für den Bund und die Länder.

Rainer Einkenkel

Betriebsratsvorsitzender
Opel Werke Bochum